Nummer 19 / 51. Jahrgang

Berlin, den 10. Mai 1924

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Ameise" beträgt für In- u. Auslandsbezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. (Neubau).
Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849.

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen berechnet. Für arbeitsuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei. Postscheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Der Scharfmacherkurs im Unternehmerlager geht weiter.

Bei Verhandlungen der Arbeitervertreter mit den Unternehmerunterhändlern der feinkeramischen Industrie bekommen sie jedesmal Klagelieder über den schlechten Stand der Industrie zu hören. Das Wehklagen hätte Steine erweichen können, wenn es nicht eben von den Unterhändlern gekommen wäre. Daß das Klagen pure Heuchelei war, konnten Kundige stets erkennen, aber wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, würden die Vorgänge der letzten Wochen den schlagendsten Beweis dafür geliefert haben.

In den letzten Wochen nämlich konnten die „sorgenbedrückten" Porzellanfabrikanten z. B. in Mehau, in Schönwald, in Kirchenlamitz, in Schwarzenbach, in Eisenberg u. a., auf mehrere Wochen Produktion verzichten. Das bedeutete Hunderttausende von Goldmark Einnahmenausfall wegen einiger Hunderte Mark Lohn. Darauf konnten die angeblich so schwer um ihre Existenz ringenden Fabrikanten einfach verzichten. Ein Zehntel ihrer Jahreseinnahmen ging ihnen dadurch verloren. Aber sie konnten sich den Luxus erlauben. Auch die Aktionäre haben anscheinend keine Sorge um ihre Dividende; denn sie kümmerten sich nicht im geringsten um die mehrwöchige Störung der Produktion wegen Lappalien. Die übrigbleibenden neun Zehntel werden schon noch so viel abwerfen, daß sie bei ihrer Dividende keinen Schaden haben. Die „armen", nur um den Gang der Industrie besorgten Besitzer von Aktien und ihre Beauftragten können eben noch Opfer um ihre Sache bringen. Und sie haben sie in reichlichem Maße gebracht, weil die Ausbeutung der Arbeiter jetzt vielfachen Mehrgewinn bringt.

Die Träger dieses Systems nennen das Verhalten: Die deutsche Wirtschaft aufrichten.

Wenn nun auch die Steingutfabrikbesitzer zu ähnlichen Mitteln greifen, so macht das Beispiel einer Anzahl Porzellanindustrieller Schule. In der Steingutindustrie wurden die Facharbeiter trotz höherer Leistung auf durchschnittlich die Hälfte ihres Friedenseinkommens durch die Umstellung auf Goldlöhne gesetzt. Da nun bei den mehrmaligen Verhandlungen der letzten Zeit Wege gefunden wurden, mit dieser Ungerechtigkeit etwas Wandel zu schaffen, verlangten daraufhin die Facharbeiter einen Ausgleich. Eine derartige Arbeiterzumutung in Zeiten sehr gutgehenden Geschäftsganges war den angeblich auf den Hund gekommenen Steingutindustriellen ein zu starkes Stück. Sie sahen sich durch die Forderung der Facharbeiter, die Friedensakkordstückpreise bei erhöhten Verkaufspreisen und erheblicher Mehrleistung gegen früher wieder einzuführen, so herausgefordert, daß sie rundweg das Verhandeln über die ihnen gerechterweise zugedachten Profitminderung einfach ablehnten. Wie können nur die Facharbeiter, haben sie sich innerlich gesagt, so dreist sein, und uns geplagten sorgenden Unternehmern eine solche Zumutung stellen, wo sie doch mindestens 15 Mk. in der Woche verdienen, wovon sie fast 10 Pfund Fleisch zu kaufen vermögen? Alle Hinweise der Arbeiter, daß sie früher 30 Mk. Wochenlohn hatten, der einen Wert von 50 Pfund Fleisch darstellte, konnten die Unternehmer nicht von der Gerechtigkeit der Forderungen überzeugen; denn es war ihnen unmöglich, diese einfachen Rechenexempel zu begreifen. Sie erklärten das Verlangen der Arbeiter, da sie unmöglich eine Minderung ihres Profits vornehmen könnten, für unannehmbar und stellten ihre Gewinnbringer vor die Alternative, ihre berechtigten Wünsche durch einen Streik zu erkämpfen. Das taten sie denn auch und so wurde wegen einiger Mark Lohnerhöhung die im vollen Gang befindliche Steingutindustrie in Neuhaldensleben, Althaldensleben, Magdeburg, Annaburg und Elmshorn lahmgelegt. Die Erhöhung der Löhne ist eine nicht für längere Zeit zu umgehende Notwendigkeit, aber das kümmert die Unternehmer nicht das geringste, sie lassen die Fabriken stillliegen, unterbrechen die Produktion, geben lieber Hunderttausende Mark Einnahmen preis, als daß sie den Arbeitern Entgegenkommen zeigen.

So soll die deutsche Wirtschaft gesunden — und die Gütererzeugung gehoben werden.

Das ist Gaukelspiel der feinkeramischen Industriellen, Humbug von „Fachleuten", Wirtschaftssabotage in höchster Potenz. Ihre wirtschaftlichen Handlungen sind ja direkt darauf zugeschnitten, das Chaos herbeizuführen.

Dem Ganzen wird durch Drohungen mit der Aussperrung die Krone aufgesetzt.

Dadurch wollen die Unternehmer„führer" anscheinend das Wiederingangkommen der feinkeramischen Industrie unterbinden; denn ein anderer Grund kann wohl kaum für einen derartigen Wahnwitz maßgebend sein.

Sie wähnen mit der absichtlichen Vergrößerung der Not unter der Arbeiterschaft, diese klein zu kriegen. Die Erfolge der letzten Elendsmonate haben die angestellten Industrielenker trunken gemacht. Da ihnen aber noch so manches bei der Ausführung ihrer Gewalt hinderlich ist, wollen sie durch eine weitere Verelendung der Arbeiterschaft ihren Sieg zur Vollendung bringen. Sie wollen die Arbeiterschaft gänzlich unterjochen, auf die Knie zwingen, daß sie Gnade erflehen muß.

Kollegen und Kolleginnen, dahin darf es nicht kommen. Nicht wie Flackerfeuer wirkende Gewaltakte bringen uns vorwärts, sondern das zähe Festhalten an der Geschlossenheit gewerkschaftlicher Organisation. Wir waren stark, als wir wie ein Mann standen, schwach, als wir Abtrünnige hatten. Wir wollen wieder stark werden wie ein Mann mit einer geistigen Zentrale und einem gesunden Körper, dann sind wir die Mächtigeren.

Dieses einfache Problem lösen, heißt: die feinkeramische Arbeiterschaft retten. Dazu haben alle mitzuhelfen, die nicht zum Verräter ihrer eigenen Sache werden wollen.

Wir haben Vorbereitungen zu treffen, um den Unternehmern geschlossen entgegentreten zu können.

Das Vorgehen der Unternehmer muß für jedes Verbandsmitglied der Ansporn sein, nun erst recht für eine Stärkung des Verbandes zu wirken. So einheitlich wie die Unternehmer vorgehen, ob sie Deutschnationale, Völkische, Zentrümler, Volksparteiler oder Demokraten sind, müssen auch die Arbeiter zusammenstehen. Nicht die Glaubensunterschiede oder die politischen Anschauungen hervorkehren in Wirtschaftskämpfen, sondern den Unternehmern eine gewerkschaftliche Geschlossenheit entgegenzustellen, das ist die große Aufgabe der Gewerkschaftler.

Arbeiterinnen und Arbeiter, beachtet Eure Gegner, schaut auf ihr Handeln und zieht daraus die richtige Lehre.

Entnehmt aus dem Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter, was Ihr tun müßt, haltet zu Eurer Sache.

Vor einer Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Noch immer wird eine Steigerung des Beschäftigungsgrades, eine Abnahme der Arbeitslosigkeit, gute Konjunktur für eine Anzahl von Geschäftszweigen, insbesondere die Textilindustrie, gemeldet, doch wirft bereits eine neue Krise ihre Schatten voraus. Wir werden bald in den dritten Abschnitt der Stabilisierungsperiode eintreten. Als der Druck der Papiergeldnoten für den Staatsbedarf eingestellt und die Rentenmark in den Verkehr gebracht wurde, standen wir bereits mitten in der Stabilisierungskrise, da das damals vorhandene Indexsystem, wozu noch die Aufschläge für Entwertungsrisiko kamen, die Preise weit über den Weltmarktstand getrieben und die Ausfuhrfähigkeit wie auch die innere Kaufkraft unterbunden hatte. Die Rentenmark stellte das verlorene Vertrauen in das deutsche Geldwesen wieder her, und deshalb gingen auch die Preise trotz der gewaltigen Steigerung der im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel zurück.

Was not tut!

Der Verbandsvorstand sah sich verpflichtet, vier im Monat Mai zu zahlende Extrabeiträge von den Mitgliedern zu verlangen und den Beirat einzuberufen, um eine dauernde Erhöhung des jetzigen ordentlichen Beitrages und die eventuelle Wiedereinführung der aufgehobenen Unterstützungseinrichtungen zu beraten und zu beschließen.

Dieser Schritt war notwendig.

Die Anforderungen, die infolge des stetigen Druckes der Unternehmer auf die Kollegenschaft an die Verbandskasse gestellt werden, können mit den einfachen Einnahmen trotz noch bestehender Personalverminderung nicht erfüllt werden. Da dieser Zustand für die Dauer nicht tragbar und dem Verband förderlich ist, mußte eine Aenderung in der Erhöhung der Einnahmen durchgeführt werden. Das ist mit dem Vorstandsbeschluß vom 3. Mai einstweilen geschehen. Was der Verbandsbeirat nun noch mit dem Vorstand beschließen wird, ist abzuwarten.

Jedenfalls tut eine Besserung der Verbandseinnahmen not.

Die vorläufige Regelung bedingt die Abführung eines doppelten Verbandsbeitrages am 10., 17., 24. und 31. Mai.

Jedes Verbandsmitglied wird diese Maßnahme anerkennen; denn der Verband muß wieder aktionsfähiger werden.

Es folgte der zweite Abschnitt der Stabilisierung, mit der eine verhältnismäßige Beruhigung des Wirtschaftslebens — von den sozialen Ausbrüchen infolge der Unternehmerreaktion abgesehen — einherging. Die deutsche Wirtschaft erhielt so eine Atempause, um sich den veränderten Verhältnissen anzupassen, die noch vorhandene Stabilisierungskrise zu überwinden und deren Verschärfung zu verhüten. In diesen Monaten hätte der inländische Verbrauch geregelt, die Möglichkeit der Ausfuhr durch wettbewerbsfähige Preise gesichert, die knapp vorhandenen Kredite an die notwendigen Stellen geleitet, das Staatsbudget in Ordnung gebracht werden müssen. Nur das Zusammenwirken all dieser Maßnahmen hätte die Wirtschaft retten können. Die Lage war um so schwieriger und hätte um so größere Vorsicht gefordert, als die Rentenmark ein rein inländisches Geld darstellt und keinen internationalen Markt hat, weshalb die Einfuhren mit Rentenmark nicht bezahlt werden können, sondern ausschließlich mit fremden Valuten, die dem Inland aus dem Erlös der Ausfuhren zur Verfügung stehen. Die Regierung zeigte sich jedoch unfähig, dieser schwierigen Lage gegenüber dem Egoismus der Privatunternehmer Herr zu werden, und war nicht bereit, durch eine wohlüberlegte Planwirtschaft die Schwierigkeiten zu überwinden. Sie hat es bei Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung bewenden lassen, ohne die wirklich notwendigen Maßnahmen durchzuführen. So befinden wir uns heute in einer Lage, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet wird: Die Menge der im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel ist durch Herausgabe von neuem Papiergeld usw. beträchtlich angeschwollen. Es besteht bereits eine Inflation, die sich später scharf auswirken muß, wenn sie im letzten Augenblick nicht noch eingedämmt werden kann. Die Rentenmarkkredite sind dabei ganz erschöpft. Die neue Golddiskontbank wird zwar wieder Kreditmittel für die Einfuhren bereitstellen, sie kann aber die Lage — falls die ausländischen Valuten in Deutschland zu unnötigem Konsum verwendet werden — nur noch weiter verschärfen. Eine Regelung des inländischen Verbrauches ist unterblieben, der Luxusverbrauch hat sich gewaltig erhöht, die Einfuhr hat sich auf Kosten der Rohstoffe zugunsten der Fertigerzeugnisse und der Konsumwaren verschoben. Nicht genug, daß kein Preisabbau erfolgte, sondern vielmehr eine Steigerung, die im Großhandel in den letzten Wochen etwa 10 Prozent betrug. Bei der Vermehrung der Zahlungsmittel war dies vorauszusehen und man hätte dem nur durch eine sehr energische Preisabbaupolitik entgegenwirken können. Die hohen Preise haben aber die Ausfuhrfähigkeit unterbunden, die Handelsbilanz gestaltet sich immer schlechter und war im Februar im unbesetzten Gebiet mit einer Viertelmilliarde Goldmark passiv, von der ungehemmten Einfuhr ins besetzte Gebiet ganz zu schweigen. Für eine vernünftige und zweckmäßige Verteilung der knappen Kredite war nicht vorgesorgt; nur bei den durch die Reichsbank verteilten Krediten hatten sich bis zu einem gewissen Grad ähnliche Gesichtspunkte geltend gemacht. Bis vor kurzem erfolgte sogar die Verleihung von öffentlichen Geldern ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft. Die Steuern waren nicht hoch genug, um das Gleichgewicht des Staatshaushaltes herzustellen, noch weniger um den Luxusverbrauch der Reichen zu unterbinden. Außer der Förderung von Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverkürzungen wurde nur eins eifrig betrieben: der Beamtenabbau. Es konnte bis zum 1. April der Abbau von 320 000 Beamten, Angestellten und Arbeitern gemeldet werden. Da aber die Abgebauten zum größten Teil der Reichsbahn und der Postverwaltung angehörten, die jetzt als unabhängige Wirtschaftskörper behandelt werden, ist die Ersparnis für den eigentlichen Staatshaushalt äußerst gering. Zur Besserung der Gesamtlage kann dieser Abbau im wesentlichen garnicht beitragen. Unter solchen Umständen mußte eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands eintreten. Einstweilen ist sie noch wenig in Erscheinung getreten; die günstige Aufnahme des Sachverständigenberichtes und die Aussicht auf eine Lösung der Reparationsfragen hat die Zuversicht auf die künftige Entwickelung gestärkt. Nichtsdestoweniger ist die Gefahr einer Verschärfung der Krise vorhanden, und diese wird, falls ihr nicht mit allen Mitteln entgegengetreten wird, unvermeidlich werden.

Lösung der Reparationsfrage eine zwingende Notwendigkeit.

Die Rentenmarkkredite sind bereits erschöpft. Die Reichsbank muß, um die notwendigsten Kredite zu verteilen, wieder in größerem Maß Papiermark für die Privatwirtschaft drucken lassen; der Umlauf von Reichsbanknoten war Mitte November noch weniger als 100 Millionen Goldmark, Anfang März bereits 600 Millionen. Im Staatshaushalt zeigen sich, den zehntägigen Ausweisen zufolge, wieder erhebliche Fehlbeträge. Die Versorgung Deutschlands mit Zahlungsmitteln ist gegenwärtig kaum geringer als vor dem Krieg, trotz der gewaltigen Unterproduktion im Vergleich zur Friedenszeit. Die Vermehrung der Zahlungsmittel ist größer, als es der allgemeinen Steigerung der Weltmarktpreise infolge der Verminderung des Goldwertes entsprechen würde. Die Ansprüche der Wirtschaft nach einer gesteigerten Menge von Zahlungsmitteln bei dem niedrigen Lohnniveau zeugen für die Höhe des allgemeinen Preisstandes. Demzufolge kann man bereits vom Vorhandensein einer Geldinflation sprechen. Die hohen Zinsen nach den Krediten haben die Kreditsucher von der Inanspruchnahme des Kredits nicht abgeschreckt. Der Präsident der Reichsbank mußte erklären, daß die Höhe der Zinsen keinen Schutz gegen die Aufnahme von Krediten bedeutet. Die Unternehmer kalkulieren so hohe Gewinne und Risikobeträge, daß sie dabei die hohen Zinsen gut bezahlen können. Eine planmäßige Verteilung der Kredite gab es außerhalb der Reichsbank gar nicht. Bei dem Verschwinden allen Sparsinns ist die Umlaufsgeschwindigkeit der Rentenmark im Steigen begriffen. Die internationale Einschätzung der Rentenmark wird durch die gesetzwidrigen Versuche, Waren, insbesondere Luxusartikel, gegen Rentenmark in Deutschland einzuführen, nachteilig beeinflußt. So lebt die stabilisierte Mark nur noch vom Vertrauen, das in sie gesetzt wird. Ein ausländischer Kredit, neben den geringfügigen Beträgen der Goldkreditbank, deren Mittel nur für die Erleichterung der Ausfuhr bestimmt sind, ist im Gutachten der Sachverständigen für die Errichtung einer Notenbank im Betrage von 400 Millionen Goldmark vorgesehen. Die Aussicht auf eine Vereinbarung in der Reparationsfrage dürfte auch andere Quellen für privaten Kredit erschließen. Eine dringende Stützung der deutschen Mark aus diesen ausländischen Mitteln, die das schwankende Vertrauen wieder herstellen und die gehamsterten Devisen in Umlauf bringen würde, ist unumgänglich notwendig, wenn nicht bald ein jäher Zusammenbruch der Mark erfolgen soll. Aus diesem Grunde ist die rasche Lösung der Reparationsfrage zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden.

Um den Achtstundentag.

Das Achtstunden-Uebereinkommen. Das internationale Uebereinkommen betreffend den Achtstundentag und die 48-stundenwoche in gewerblichen Betrieben ist in jüngster Zeit in den Parlamenten verschiedener Staaten behandelt worden. Kürzlich erklärte der britische Arbeitsminister Tom Shaw im Unterhaus, er werde in nächster Zeit einen Gesetzentwurf einbringen, welcher dieses Uebereinkommen betrifft. In Oesterreich gab der Nationalrat dem Washingtoner Uebereinkommen über den Achtstundentag die verfassungsmäßige Genehmigung unter dem Vorbehalt, daß das Uebereinkommen dann in Kraft tritt, wenn es von den europäischen Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation, denen die größte industrielle Bedeutung zukommt (Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) und von sämtlichen mit Oesterreich in wirtschaftlichem Verkehr stehenden Nachbarstaaten (Jugoslawien, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn) ratifiziert worden ist. In Britisch-Columbien kam ein Achtstundentagsgesetz zustande, das der vorbehaltlosen Annahme der Bestimmungen des in Rede stehenden Uebereinkommens entspricht. Es ist dies bisher die einzige Provinz Kanadas, die ein solches Gesetz besitzt. Bestrebungen zur Verlängerung der gesetzlichen Arbeitsdauer wurden in der Schweiz und in Belgien abgewehrt.

Andere Uebereinkommen. Anläßlich der letzten Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamts erklärte der italienische Regierungsvertreter, daß sein Land daran gehe, alle internationalen Arbeiterschutz-Uebereinkommen zu ratifizieren, mit Ausnahme desjenigen über den gewerblichen Achtstundentag, das im Parlament zur Verhandlung kommen wird. Von Polen kam bei derselben Gelegenheit die Erklärung, daß 13 Arbeitsübereinkommen ratifiziert worden sind. Das österreichische Parlament hat außer der bedingten Ratifikation des Achtstunden-Uebereinkommens die Ratifikation von sechs anderen Uebereinkommen beschlossen. Die Durchführung des

Uebereinkommens betreffend Verwendung von Bleiweiß zum Anstreichen hat der britische Innenminister in Aussicht gestellt. Der Arbeitsminister von Lettland hat das Internationale Arbeitsamt benachrichtigt, daß die zuständigen Parlamentsausschüsse der Ratifikation gewisser Uebereinkommensentwürfe der Arbeitskonferenz von 1921 zustimmten.

Amtliche Erhebung über den Achtstundentag. Bei der Bildung der neuen Regierung in Belgien war diese bekanntlich infolge der Mißgriffe des alten Kabinetts gezwungen, die Respektierung der bestehenden Gesetze und so auch des Gesetzes über den Achtstundentag vom 14. Juni 1921 zu garantieren. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß die Regierung eine Erhebung über die Wirkungen des Achtstundentag-Gesetzes einleiten werde. Dem belgischen Amtsblatt zufolge ist nun zu diesem Zwecke eine Kommission von 41 Mitgliedern gebildet worden, die die Folgen des Gesetzes unter Berücksichtigung folgender Faktoren zu prüfen hat: 1. Die nationale Produktion, beurteilt nach der Quantität. 2. Die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters. 3. Die Arbeitslosigkeit. 4. Die Ein- und Auswanderung. 5. Die technische Ausstattung in den Fabriken und Werkstätten. 6. Die moralischen und geistigen Verhältnisse in der Arbeiterschaft. Der Kommission gehören Universitätsprofessoren, hohe Staatsbeamte, Industrielle, Vertreter der Arbeiterorganisationen aller Richtungen usw. an. Die Staatsbeamten haben nur beratende Stimme. Von den Vertretern der Gewerkschaften nennen wir folgende: Mertens, Generalsekretär des belgischen Gewerkschaftsbundes, Solau, Hannick und Mallien.

Die Kommunisten gegen den Achtstundentag. (ZGB.) Wie bereits gemeldet, hat der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Deutschland kürzlich beschlossen, eine Kommission mit den Vorbereitungsarbeiten zur Herbeiführung einer Volksabstimmung über den Achtstundentag zu beauftragen. Indem er dies tat, hat er natürlich nicht daran gedacht, daß ein Volksentscheid der reinste Ausdruck der Demokratie ist, sondern er war sich wohl angesichts des schönen Erfolges der Arbeiter in der Schweiz und des parlamentarischen Sieges der belgischen Arbeiter der guten Aussichten eines solchen Vorgehens auch in Deutschland bewußt. Bevor überhaupt bestimmt worden ist, in welcher Form diese Volksabstimmung verlangt werden soll, fangen die Kommunisten natürlich eine Hetze gegen diesen Plan an, wobei sie kühn behaupten, es handle sich um eine Abstimmung über die Washingtoner Konvention, die den Achtstundentag in keiner Weise sichere. Diese voreilige, tendenziöse Behauptung deutet — wie der Berliner „Vorwärts" ganz richtig sagt — deutlich darauf hin, daß die Zentrale der Kommunistischen Partei (KPD), „als sie ihren Bannfluch aussprach, das Washingtoner Abkommen weder in Erinnerung hatte, noch vielleicht überhaupt kannte". Das ganze Verhalten der KPD zeigt, daß es den Kommunisten nie auf den Erfolg, sondern immer auf den Radau ankommt. Wenn nicht Blut fließt und geschossen wird, verzichtet man auf alle sozialen Verbesserungen und jede Aktionsmöglichkeit. Dies kommt auch in einer Mitteilung des Politischen Bureaus der Zentrale der KPD deutlich zum Ausdruck, wonach die Arbeiter zu „kämpfen" und nicht abzustimmen haben. Es heißt in diesem Zusammenhang wörtlich: „Diese ganze Aktion (des ADGB) ist nichts anderes, als ein plumper Schwindel zur Verhinderung der sich anbahnenden Kämpfe. . . . Die Kommunistische Partei wird diesem Manöver mit aller Macht entgegentreten. Nicht durch eine Abstimmung für das Washingtoner Abkommen, sondern nur durch die Auslösung, Organisierung und Steigerung der Wirtschaftskämpfe des Proletariats zu kämpfen um die politische Macht wird der Achtstundentag gesichert werden können." Wenn wenigstens die Kommunisten beweisen könnten, daß sie mit ihren lokalen „Kämpfen" und ewig vertagten Weltrevolutionen je etwas Praktisches erreicht haben!

Stimmung oder Verstand.

(Kommunisten gegen Gewerkschaften.)

Seitdem nur noch die „linken Kommunisten" in Deutschland von der russischen Regierung die nötigen Geldmittel erhalten, fühlen sich diese linken Revolutionäre verpflichtet, dafür auch etwas zu tun. Aber was! Das ist auch für die Kommunisten das Rätsel der Gegenwart, welches sie nicht lösen können. Auf die Maßnahmen der Entente haben sie keinen Einfluß. Auf die deutsche Regierung ebenfalls nicht. Die Wirtschaft können sie nicht in Gang bringen. Die Arbeitslosigkeit können sie nicht beheben. Also, was sollen die Kommunisten tun, um sich das russische Geld auch wirklich zu verdienen? Gegen die tatsächlichen Schäden der Gegenwart können sie nicht kämpfen, dazu fehlt ihnen nicht nur die Macht, sondern auch der Verstand. Sie müssen also etwas vortäuschen. Das muß außerdem sehr geräuschvoll geschehen, damit es nach Revolution aussieht, ohne daß jedoch die Regierung eingreift. Also, was bleibt übrig? Man muß die Arbeiter sich unter sich selbst bekämpfen lassen. Offen geht aber auch dies wieder nicht, da die Arbeiter die Schurken, welche so etwas aushecken, steinigen würden. So bleibt nur übrig, die Schäden der Gegenwart den Gewerkschaften zuzuschreiben und den Kampf gegen diese zu führen. Regierung und Unternehmer sehen diesem Treiben innerlich erfreut zu. Man ist also ungestört und kann den gehörigen Radau dabei vollführen. Die russischen Auftraggeber nehmen den Krach dann als Revolution und die Gelder fließen weiter.

Weil das Opfer dieses teuflischen Planes die Arbeiterklasse sein soll, sträubt sich in jedem anständigen Menschen alles gegen die Annahme, daß es solche Schurkerei, solche Niedertracht, solche Gemeinheit überhaupt geben könnte, aber alle Zeichen sprechen dafür, daß eine derartige Schändung an der deutschen Arbeiterschaft verübt werden soll. Es bleibt also nur übrig, bevor es zu spät ist, jedem Arbeiter die Augen zu öffnen.

Kommunisten und Völkische sind wesensverwandt. Beide Bewegungen werden nicht getragen von einer Weltanschauung, sondern sie entspringen der Not der Zeit. Die Unzufriedenheit mit der Gegenwart, ohne Ahnung von den Mitteln, mit denen man wieder zu gesunden Zuständen kommen kann, ist beiden gleich. Uebereinstimmend ist auch, daß Kommunisten und Völkische ihren Mangel an Ideen durch Aeußerlichkeiten und durch Radau ersetzen.

Der Kommunismus als Weltanschauung ist für Deutschland bedeutungslos, da die ganze Entwicklung und Denkweise der Arbeitnehmer in Deutschland im Sinne des Sozialismus verläuft. Mit dem Kommunismus braucht man sich daher nicht auseinanderzusetzen, sondern nur mit den Personen, welche sich Kommunisten nennen.

Diese Kommunisten entfalten jetzt eine ungeheure Propaganda gegen die Gewerkschaften. Zahllos sind die Rundschreiben, Flugblätter, Mitteilungsblätter usw., welche diesem Zweck dienen. Die dafür nötigen ungeheuren Mittel können nur aus Rußland stammen, denn es ist unmöglich, daß sie von deutschen Arbeitern aufgebracht sind.

Neben diesen Agitationsschriften ist auch die „Rote Fahne", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, täglich mit Artikeln über die Bekämpfung der Gewerkschaften gefüllt. Auch aus diesen Artikeln geht hervor, daß die Kommunisten sachlich vollkommen außerstande sind, eine Besserung der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen. Dafür ist folgender Absatz aus einem Artikel „Zur Gewerkschaftsarbeit" in der Nummer vom 12. März 1924 ganz charakteristisch: „Es muß etwas geschehen! Das ist die Stimmung breiter Mitgliedermassen in der Partei und auch die Stimmung in weitesten Kreisen der politisch nicht organisierten Arbeiterschaft, wenn es sich um die Gewerkschaftsfrage handelt." Mithin sind auch hier wieder: Stimmung ist alles, Verstand ist nichts! Das Krampfhafte dieser ganzen Einstellung muß den Arbeitern endlich klar werden.

Wenn man das Vorstehende genau beachtet, hat man auch den Schlüssel zu dem weiteren Inhalt des vorgenannten Artikels. Die Berliner Bezirksleitung und der Berlin-Brandenburger Zentralvorstand der KPD haben zur Gewerkschaftsfrage Stellung genommen. Es wurde eine Entschließung angenommen: „Die veränderte Lage in den deutschen Gewerkschaften zwingt die KPD zur Aenderung ihrer bisherigen Gewerkschaftstaktik. — Darum muß für Ende Mai ein Kongreß der revolutionären Delegierten der gewerkschaftlich organisierten und auch der gewerkschaftlich nichtorganisierten klassenbewußten Arbeiter der Betriebe einberufen werden, um den Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukraten zu antworten, daß ihnen Hören und Sehen vergeht . . . Die Betriebsräte sollen revolutionäre Organe sein und das Gerippe für die zu bildenden Industrieverbände liefern. . . . Organisierung aller klassenbewußten nichtorganisierten Arbeiter, . . . um gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukratie den gebührenden Schlag zu führen." Diese Redensarten aus der Entschließung enthalten nur den einen Gedanken: Zertrümmerung der deutschen Gewerkschaften, der Grundlage der Macht der deutschen Arbeitnehmer.

Das Direktorium der KPD (man achte auch hier auf den aus Stimmungsgründen absichtlich gewählten Namen „Direktorium", welcher Schauder der Ehrfurcht erzeugen soll) hat am 27. Februar 1924 Richtlinien zur Betriebsratswahl an alle Bezirksleitungen der KPD herausgegeben, in welchen sich folgende Abschnitte befinden:

d) Diese Wahlen müssen dazu ausgenutzt werden, wieder die Rolle der Betriebsräte und der Räte überhaupt in den Arbeitermassen lebendig zu machen. Die Räte und auch die Betriebsräte sind die spezifischen Klassenorgane des Proletariats, sie sollen die Organe der Organisation des Aufstandes werden und die Staatsorgane des kommenden proletarischen Staates. Diese ihre Rolle muß propagandistisch völlig klar und rücksichtslos auseinandergesetzt werden.

e) Der Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer und die SPD muß bei diesen Betriebsrätewahlen so geführt werden, daß die Betriebsräte klar als Sturmböcke gegen die Gewerkschaftsbureaukratie benannt und gewählt werden.

f) Um die Betriebsräte herum ist nach Möglichkeit organisatorisch ein fester Kreis von Sympathisierenden zu le Das wird am besten möglich werden, wenn man die Betri versammlungen dazu ausnutzt. Fraktionen von Sympath renden tatsächlich zu gründen.

g) Selbstverständlich müssen unsere Betriebszellen vor d. h. vor der Betriebsversammlung, die Frage der Kandida aufstellung genau durchdiskutieren, aber man muß die Ze von vornherein daran gewöhnen, auch diese Fragen nicht s ständig, sondern in Verbindung mit der Bezirksleitung zu lö Jede Bezirksleitung muß die Kandidatur genau durchprü damit nicht die sogenannten „guten Gewerkschaftler" au stellt werden, die uns oft schwer kompromittieren, sondern gu Kommunisten, auch wenn sie ungeschickte G werkschaftler sind. Die Betriebsräte sollen revolution Organe sein und das ist für uns zehnfach wichtiger a gewerkschaftliche Geschicklichkeit.

Auch hier wieder nicht ein einziger sachlicher Gedanke, s dern nur Redensarten, um eine gewisse Stimmung zu erzeug Ja, noch mehr, jeder Gdanke würde stören, deshalb müssen denkenden Gewerkschaftler (das Rundschreiben nennt sie „g Gewerkschaftler") ausgeschaltet, dafür aber „gute Kommunist (also nicht „denkende Menschen") gewählt werden.

Sind wir nun in einem Narrenhaus oder sind wir nicht? Wir sind es nur im Effekt, dagegen haben die Le der kommunistischen Bewegung ihren vollen Verstand, n daß sie denselben in einer durch nichts mehr zu übertreffend Demagogie gebrauchen.

Das kommunistische Ortskartell Remscheid (welches sich n immer „freigewerkschaftlich" nennt) versendet ebenfalls Rundschreiben, mit welchem eine neue Betriebsrätezeitsch „Der Arbeiterrat" angepriesen wird. In diesem Rundschrei wird eine eingehende Darstellung gegeben, wie für den B trieb dieser Zeitschrift wiederum ein ganzer Organisation apparat aufgezogen werden soll. Auch hierin liegt eine Absi Man kann und will die Anhänger nicht geistig beschäftigen u deshalb schafft man ein Organisationsgewirr, das immer n neuen Reizen, Schlagworten und dergleichen ausgestattet wi damit nur ja die Anhänger der KPD nicht endlich zur ni ternen Betrachtung der Wirklichkeit kommen.

Keine Religion könnte sich mit mehr geheimnisvoll Aeußerlichkeiten umgeben, als es die Kommunisten verstehe Es kommt immer nur auf den Glauben an, niemals a die Erkenntnis.

In dem letztgenannten Rundschreiben werden die freig werkschaftlichen Betriebsrätezentralen aufgefordert, diese ne Betriebsrätezeitschrift der Kommunisten zu vertreiben. D werden die freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen nic tun, andernfalls sie sofort aufgelöst werden müßten.

Die Kommunisten arbeiten für fremde Auftraggeber u sie erzeugen Stimmung, da sie an den Verhältnissen selbst nich ändern können.

Die Gewerkschaften dagegen arbeiten für die Interess ihrer Mitglieder und sie wenden sich an deren Verstan

Der Druck der Entente, der verlorene Krieg, die Ze splitterungsarbeit der Kommunisten sind für die Gewerkschaft schwere Hemmungen. Trotzdem geschieht das Menschenmöglic um die Wirtschaft zu gesunden, die Arbeitslosigkei zu beheben, den Arbeitslosen zu helfen, die Löhne zu erhöh soweit dies eben alles nach Lage der gesamten Verhältnisse u der Macht der Gewerkschaften möglich ist. Diese Macht wä auch jetzt schon größer, wenn alle Arbeitnehmer Mitglied ihrer Gewerkschaften sein würden. Daneben arbeiten die G werkschaften ununterbrochen an der Gestaltung des Arbeits rechts. Mitbestimmungsrecht, Schlichtungs wesen, Tarifvertrag, Arbeitsnachweis, Ar beitslosenunterstützung, Arbeitsgerichte, Ar beitszeit usw. sind schwerwiegende Prinzipien, wobei sie die Gewerkschaften mit dem Staat, der Rechtsprechung und de Unternehmern messen müssen. Dieser ununterbrochene Kamp kann nicht stets auf offener Gasse geführt werden, er erforder auch Kenntnisse, Willen und Ueberlegung, die in der Mass nun einmal nicht überall vorhanden sein können. Aber da Vertrauen müßte vorhanden sein, denn es steht ungeheuer viel auf dem Spiel.

Bei den Kommunisten ist von all diesen die Interessen de Arbeitnehmer wirklich berührenden Dingen nicht die Rede. Ihnen kommt es nur auf den Untergang der Arbeiterbewegung an. Denn ein anderes Resultat können die kommunistischen Treibereien nicht haben. Das haben die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer endlich zu erkennen. Sie müssen das frivole Spiel der Kommunisten durchschauen. Sie dürfen mit diesen Leuten keine Gemeinschaft mehr haben.

Mißvergnügt sind wir heute alle. Das ist aber noch lange keine Weltanschauung. Jede Stimmung, die den Verstand trübt, ist zu unterdrücken und der Verstand allein muß wieder zu seinem Recht kommen. Geschieht dies aber nicht, dann werden es die Arbeitnehmer selbst sein müssen, welche die kommunistische Drachensaat zu ernten haben.

Französische Liebestätigkeit für deutsche Kinder.

(ZGB.) Zwei Ehrenmitglieder des Französischen Komitees für Kinderhilfe, Herr Prof. Léon Bernard und Herr Prof. A. Calmette, haben kürzlich ihren Rücktritt erklärt, weil sie es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten, „daß französisches Geld zur Hilfe für die Kinder eines Volkes verwendet werde, das im Haß gegen die Franzosen und in der Hoffnung erzogen wird, ein Blutbad erwarte unser Volk".

Darauf hat die Vorsitzende des Komitees, Frau René Dubost, in sehr würdiger Weise geantwortet: „Mich drängt mein Gewissen, zu handeln; und seien Sie davon überzeugt, daß diese großmütige Haltung einer Gruppe von Franzosen der Sache der Versöhnung dienen und dazu beitragen wird, den Geist des Hasses zu bannen, von dem Sie leider mit Recht sprechen. Wenn es sich um die leidende Kindheit handelt, fragen wir nicht, wer die Verantwortlichen sind".

Im Anschluß daran veröffentlicht Frau Dubost einige Briefe, die sie in dieser Angelegenheit erhalten hat. Ein Kriegsbeschädigter schreibt: „Soeben lese ich im Bulletin die würdevollen Antworten, die Sie den Herren B. und C. in der Angelegenheit der Hilfe für deutsche Kinder gegeben haben. Ich wurde am zweiten Tage nach Erklärung des Krieges mobilisiert und habe meinen Anteil an seinen Leiden. Trotzdem, oder vielmehr gerade deshalb heiße ich all das gut, was Sie zur Verteidigung der kleinen Kinder sagen, selbst wenn es deutsche sind.

Ein pensionierter Kommandant bemerkt bissig: „Beiliegend die Summe von 10 Frank als Protest gegen die Briefe der Herren B. und C. Ich möchte wissen, ob diese Herren während des Krieges mobilisiert waren und falls ja, ob sie an der Front oder im Hinterland lagen".

Ein anderes Ehrenmitglied begleitet eine Geldanweisung mit folgenden Worten: „Obwohl ich kein Politiker bin, weiß ich auch, daß, wenn es Völker gibt, die durch Grenzen getrennt sind, es noch mehr durch soziale Ungerechtigkeit getrennte Reiche und Arme gibt, und daß die Gegensätze zwischen zwei Völkern nicht groß genug sind, um sie zwischen zwei Klassen der Gesellschaft vergessen zu lassen".

Ein kleiner Beamter äußert sich folgendermaßen: „Aus Ihrem Bulletin ersehe ich die Demission von zwei der vornehmsten Ehrenmitglieder des Komitees, aus Gründen, die ich nur dem Egoismus zuschreiben kann, der einem übertriebenen Patriotismus entspringt und angesichts der Leiden armer unglücklicher Kinder — seien es auch deutsche — keinerlei Entschuldigung zu finden weiß . . . Ich bin bloß ein kleiner armer Beamter. Ich füge meinem Briefe 10 Frank für die unschuldigen Kinder bei, derentwegen zwei Ihrer Ehrenmitglieder demissioniert haben. Ich bedaure sehr, glauben Sie es mir, daß ich nicht mehr leisten kann".

Der Vorsitzende der Liga für Menschenrechte in Douai schreibt: „Wenige haben vom Kriege und von der deutschen Besetzung soviel gelitten, wie die Bevölkerung von Douai. Die Mütter, die uns ihre kleinen Gaben brachten, haben Kinder, die seinerzeit gehungert haben, und der Gedanke, daß es Mütter gibt, die ihren Kindern keine Milch verschaffen können, hat sie tief gerührt. Sie haben nicht vergessen, daß deutsche Soldaten die Leiden der Kinder zu lindern suchten, indem sie ihnen Nahrung, Spielzeug und Naschwerk brachten. Und sie dachten mit Schmerz daran, daß heute die Kinder derselben Leute vielleicht sterbend in den Armen ihrer Mütter liegen.

Die traurige Erfahrung hat sie gelehrt, daß die Mütter, deren Kinder zu Opfern des Krieges werden, in keinem Lande auf die Hilfe derer rechnen können, die aus dem Kriege Nutzen ziehen. Sie hegen einen tiefen Haß gegen den Krieg, und sie wissen, wie die Reaktion in Deutschland das Elend der arbeitenden Bevölkerung ausbeutet, um sich zu bereichern, den Haß gegen Frankreich zu nähren und eine blutige Vergeltung vorzubereiten . . . Sie sind dankbar für die ihnen gebotene Gelegenheit, sich erkenntlich gegen einige, menschlich gegen alle zu erweisen, einem einsichtigen und friedlichen Patriotismus Ausdruck zu geben, indem sie als Mütter der verwüsteten Gegenden ihre kleine Gabe für die hungernden Kinder in Deutschland darreichen".

Bessere Antworten konnten die Herren Bernard und Calmette nicht erhalten.

Haltet Treue!

Hat es jemals in der Welt Kämpfe gegeben ohne Niederlagen? Ob es sich um politische oder wirtschaftliche oder geistige Kämpfe handelte, es war stets ein Auf und Ab und Hin und Her. Nur die große Linie der Welt geht aufwärts. Und der trägt auch in der Niederlage diese geistige Linie des Sieges in seiner Seele, der da fest bis ins Tiefste von dem Glauben an den Sieg durchdrungen ist.

Uns nüchternen Menschen von heute fehlt leider zu sehr dieser große Glaube. Das Leben mit seinen Sorgen hat unsere Seele zerrissen und unser Denken zersetzt, und so sehen wir immer nur Stücke und Fetzen des Lebens und Teile des Kampfes, statt aus einer großen umfassenden Seele heraus all das Kleine, ob's gut oder schlecht, einzufügen in den einen großen Glauben an die Zukunft, der das eigentliche Kernstück alles gewerkschaftlichen Ringens ist.

Wer groß glaubt, der verrennt sich nicht in unausbleiblich schwere wirtschaftliche Augenblicke wie in Sackgassen, die den Blick versperren. Der beißt die Zähne zusammen und schaut mit stolzem Auge vorwärts, trotz alledem. Der trägt in seiner Brust das Weltgeschick. Der wächst in seiner Seele an Kraft und Größe. Der wächst zum Bezwinger der Welt.

Wer wie ein Halm im widrigen Winde hin und her schwankt, der ist kein Kämpfer, mag er sein, wo er will. Nur knorrige Eichen halten stand. Sie bieten Trotz. Sie sind die Kraft und der Sieg.

Die gewerkschaftliche Treue ist der lebendige geistige Saft, der der Organisation diese Kraft des Trotzes und des Sieges gibt.

Die Einbürgerung der Kunstseide. In der Erzeugung von Textilwaren spielte die Kunstseide bis vor kurzem eine verhältnismäßig geringe Rolle. Seit einigen Jahren hat aber der Kunstseidenverbrauch einen ungeahnten Aufschwung genommen. Im Jahre 1923 wurde bereits um zehn Millionen Kilogramm mehr Kunstseide hergestellt als Naturseide. Für das laufende Jahr wird sich das Verhältnis voraussichtlich noch mehr zugunsten der Kunstseide verschieben. Es ist bemerkenswert, daß an der Kunstseidenerzeugung neben den Vereinigten Staaten Italien die führende Rolle hat, das Land, dessen Hauptindustriezweig die Herstellung von Rohseide und Seidenstoffen ist. Ein Drittel der italienischen Ausfuhr entfällt auf Rohseide. Die Kunstseide dürfte auch den Baumwoll- und Wollwaren Konkurrenz machen. Im Jahre 1923 wurden von den vier Textilstoffen folgende Mengen verbraucht: Baumwolle 5 Milliarden Kilogramm, Wolle 1,3 Milliarden Kilogramm, Naturseide 34 Millionen, Kunstseide 44 Millionen Kilogramm.

Achtstundentag und Alkoholismus. In Frankreich drängten Unternehmerkreise darauf, eine Untersuchung darüber anzustellen, wie die Arbeitszeitverkürzung den Verbrauch des Alkohols beeinflußt hat. Sicherlich hofften sie den Beweis erbringen zu können, daß durch den Achtstundentag der Alkohol-

Der Fortschritt der Ratifikationen.

Auf den bisher abgehaltenen fünf Internationalen Arbeitskonferenzen wurden 16 Entwürfe internationaler Uebereinkommen und 20 Vorschläge beschlossen. Uebereinkommensentwürfe sind nun bereits in 133 Fällen seitens der Mitgliedstaaten ratifiziert worden. Daraus ersieht man, daß der Gedanke internationalen Vorgehens auf dem Gebiete der Sozialpolitik Wurzel geschlagen hat.

Oesterreich. Der österreichische Bundesrat hat am 29. Februar die Abstimmung des Nationalrates bestätigt, der zur Ratifikation von sieben Uebereinkommensentwürfen der Internationalen Arbeitsorganisation ermächtigt. Der Nationalrat hat sich für die Ratifikation der Uebereinkommensentwürfe von Washington über: die Nachtarbeit der Frauen, die Nachtarbeit der Kinder in der Industrie und die Arbeitslosigkeit ausgesprochen, sowie für die Uebereinkommensentwürfe von Genf 1921 über: das Zulassungsalter der Kinder zur landwirtschaftlichen Arbeit, das Versammlungs- und Vereinigungsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und die Verwendung von Bleiweiß im Malergewerbe. Weiter hat der Nationalrat seine Zustimmung zu dem Uebereinkommen von Washington gegeben, das die Einführung des Achtstundentages bezw. der 48stündigen Arbeitswoche vorsieht, mit der Einschränkung, daß gewisse andere Staaten die Ratifikation auch vornehmen.

Ungarn. Die ungarische Regierung hat sich am 22. Februar mit den Entwürfen und Empfehlungen der drei ersten Internationalen Arbeitskonferenzen befaßt. Das Kabinett wurde durch einen sehr eingehenden Bericht, der gemeinsam von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgearbeitet wurde, von den Beschlüssen unterrichtet. Verschiedene Gesetzentwürfe, die sich auf die Entscheidungen der Konferenz beziehen, sind vorbereitet worden und werden zu gegebener Zeit dem Parlament vorgelegt.

Finnland. Der Minister für sozial. Angelegenheiten hat dem Internationalen Arbeitsamt mitgeteilt, daß das finnische Statistische Amt seinen Dienstzweig über das Wanderungswesen derartig neu organisiert hat, daß es dem von der vierten Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz auf diesem Gebiete gemachten Vorschlagsentwurf entspricht.

Lettland. Dieselbe Empfehlung fand am 24. Januar die Zustimmung der lettischen Regierung, die beschlossen hat, gleichzeitig dem Parlament den Entwurf über die Abänderung des Artikels 393 des Friedensvertrages, der die Zusammensetzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamts betrifft, vorzulegen.

Gewerkschaftliches.

25. Jubiläum des Norwegischen Gewerkschaftsbundes. Am 30. März konnte der Norwegische Gewerkschaftsbund sein 25-jähriges Jubiläum feiern. Die norwegische Landeszentrale ist auf einem zu Ostern 1899 abgehaltenen Kongreß gegründet worden. In den ersten Jahren seines Bestehens hatte der Norwegische Gewerkschaftsbund mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen und die Zahl der angeschlossenen Organisationen und Mitglieder war eine sehr kleine. In vielen ernsten Kämpfen hat er sich zu seiner jetzigen Stellung emporgearbeitet. Er kann auf eine reiche und erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Der Jubiläumstag fällt in eine Zeit der schwersten wirtschaftlichen Kämpfe, in die die Organisation je verwickelt war. Seit 5 Wochen stehen nämlich zirka 70 000 Arbeiter in Streik und Aussperrung und alle Vermittelungsversuche sind bis jetzt fehlgeschlagen. Auch an dieser Stelle möchten wir die norwegischen Arbeiter zu ihrem Jubiläum beglückwünschen und ihnen in ihrem Kampf den besten Erfolg wünschen.

Die industriellen Konflikte in Großbritannien. Den Arbeitern wird von industrieller Seite oft vorgeworfen, daß sie den Umstand, daß eine Arbeiterregierung am Ruder ist, benützen, um übermäßige Forderungen zu stellen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die nun drohenden oder im Gange befindlichen Konflikte sich aus Verhältnissen ergeben, die seit langem bestehen. Ueber die Zahl der zurzeit in Konflikten verwickelten oder demnächst eventuell in Kampf tretenden Arbeiter macht der „Daily Herald" folgende Angaben: Bergleute: 800 000, Bauarbeiter 720 000, Schiffsbau 100 000, Maschinenbau 500 000, Textilindustrie 50 000, Verkehrswesen 17 000, andere Industrien 50 000, insgesamt also 2 237 000.

Gewerkschaftliche Tagungen gelegentlich des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien. Dem Internationalen Gewerkschaftskongreß, der vom 2. bis 7. Juni in Wien stattfindet, gehen folgende Tagungen voraus: Mittwoch, 28. Mai: Sitzung des Bureaus des IGB. Donnerstag, 29., und Freitag, 30. Mai: Sitzung des Vorstandes des IGB. Sonnabend, 31. Mai: Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Konferenz. Sonnabend, 31. Mai, und Sonntag, 1. Juni: Konferenz des Bureaus des IGB mit den Internationalen Berufssekretariaten. Alle diese Sitzungen finden in den Räumen der österreichischen Gewerkschaftskommission, Ebendorfer Str. 7, statt. Der Kongreß selbst tagt im Konzerthaus, Lothringer Str. 20.

Wilhelm Bukseg gestorben. Am 11. März ist in Agram einer der energischsten und getreuesten Führer der Arbeiterklasse gestorben: Wilhelm Bukseg. Bukseg war Leiter der jugoslawischen Gewerkschaftsbewegung; er trat aber nicht nur in dieser hervor, sondern war auch Mentor der sozialistischen und Genossenschaftsbewegung. Während kurzer Zeit stand er als Lebensmittelminister im Dienste des jugoslawischen Staates.

Auch in der internationalen Bewegung fiel Bukseg durch sein wohlüberlegtes Auftreten auf. Er wußte nicht nur das Vertrauen seiner Landesgenossen, sondern auch dasjenige der Kameraden der übrigen europäischen Länder zu gewinnen.

Als ein Beweis des großen Vertrauens das der IGB in den gestorbenen Kameraden setzte, mag angeführt werden, daß Bukseg im Jahre 1922 den speziellen Auftrag erhielt, eine Reise nach Rumänien zu unternehmen, um sich über den Stand der Gewerkschaftsbewegung dieses Landes in Kenntnis zu setzen und für den IGB einen Bericht abzufassen.

Wir werden Bukseg's Andenken allzeit in Ehren halten. Er war einer jener Führer, die ihre Kräfte voll und ganz zur Befreiung der Arbeiterklasse einsetzten.

Aus der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung. Eine am 2. März abgehaltene Sitzung der Vorstände der der tschechoslowakischen Gewerkschaftszentrale angeschlossenen Verbände behandelte zunächst Organisationsfragen. Dabei konnte festgestellt werden, daß zurzeit 350 000 Mitglieder in der Gewerkschaftszentrale vereinigt sind und daß bei vielen Gewerkschaften ein Aufstieg eingesetzt hat. Gegen die kommunistischen Quertreibereien wurde scharf Stellung genommen. Wegen des durch Gesetz vom Jahre 1921 vorgesehenen und jetzt einzuführenden Staatsbeitrages zu der Erwerbslosenunterstützung wurden verschiedene Forderungen gestellt, unter anderem, daß dieser Beitrag 100 Proz. der gewährten Organisationsunterstützung betragen müsse und auch weiter zu zahlen sei, wenn der Anspruch an die Gewerkschaftsorganisation erschöpft ist. Bei der bevorstehenden Behandlung einer Gesetzesvorlage über die Alters- und Invalidenversicherung soll eine einheitliche Sozialversicherung, bei der Arbeiterschaft und Beamtenschaft einheitlich erfaßt werden, beantragt werden. Ferner wurde die Regierung ersucht, den Wirtschaftsverkehr mit Rußland zu fördern.

Der Oesterreichische Gewerkschaftsbund im Jahre 1923. Das Jahr 1923 stand unter dem Zeichen der Sanierungskrise und aller schlimmen Begleiterscheinungen. Zu den wirtschaftlichen Zuständen gesellte sich die sozialpolitische Krise auf der ganzen Linie. Mit voller Kräfteeinsetzung haben die Gewerkschaften aufrechterhalten, was bis jetzt erreicht worden ist. Große Aufmerksamkeit mußte auch darauf gelenkt werden, die Löhne der Geldentwertung anzupassen. Dieses Ziel konnte nicht ganz erreicht werden, doch es bestehen die Aussichten, daß man auch auf diesem Gebiete noch erfolgreich sein wird. Das Tarifwesen hat eine ungeheure Ausdehnung gewonnen und ist, was die Regelung der Arbeitsbedingungen anbelangt, zu uneingeschränkter Herrschaft gelangt. Eine große Sorge bildete die gewaltige Arbeitslosigkeit, die natürlich auch auf den Mitgliederstand drückte. Ein Vergleich der Vollzahler an Beiträgen der letzten Jahre gibt folgendes Bild: 1919: 378 381; 1920: 771 585; 1921: 641 659; 1922: 850 294; 1923: 714 115. Die finanzielle Uebersicht weist Einnahmen in der Höhe von 1 009 859 725 und Ausgaben in der Höhe von 868 822 193 Kronen auf.

War es Täppigkeit oder Absicht?

Herr Kammergerichtsrat Hanschmann fällte als beauftragter Schlichter des Reichsarbeitsministeriums am 27. Februar 1924 einen Schiedsspruch für die Zeit vom 25. Februar bis 23. März, in dem für die sonstigen Arbeiter und Arbeiterinnen der feinkeramischen Industrie 3 Proz. Lohnminderung festgelegt wurde. Diesen Schiedsspruch mußte die Arbeitnehmerseite ablehnen. Die Arbeitgeber nahmen ihn an, beantragten aber nicht die Verbindlichkeitserklärung. Trotzdem gab die juristisch gebildete Leitung des Arbeitgeberverbandes in der Reichszentrale und in den Gauen die Anweisung an die Fabrikleiter, die 3 Proz. bei den sonstigen Arbeitern und Arbeiterinnen vom Lohn abzuziehen. Die vernünftigen Arbeitgeber gingen über diesen Mumpitz zur Tagesordnung über, andere wieder zogen buchmäßig wohl 3 Proz. ab, glichen den Abzug jedoch durch 5 bis 10 Proz. Zulage sofort aus. Das Gegenteil der erstbezeichneten Arbeitgeber kam der Anweisung nach. Einige ganz hervorragende „Fachleute" ließen deswegen sogar ihre Belegschaften wochenlang streiken. Sie verzichteten lieber auf ein Zehntel ihrer Jahreseinnahme, ehe sie die famose Anweisung ihrer „Leitung" umgingen. Wahrscheinlich geschah dies, um der Oeffentlichkeit zu zeigen, daß in der Porzellanindustrie noch übermäßig Geld verdient wird. Anscheinend wurden in den letzten Jahren die Aktionäre dieser Betriebe mehr als schadlos gehalten, sonst hätten sie sich dieses Narrenspiel mit ihrem Profit verbeten. Wo die Arbeiterschaft aber den Abzug hinnehmen und wegen seiner Rechtsungültigkeit den Klageweg beschritt, mußten die Fabrikanten die zu Unrecht zurückbehaltenen Lohnsummen herausbezahlen; denn die angerufenen Gerichte entschieden auf Grund der einwandfreien Rechtslage zugunsten der klagenden Arbeiter.

Nun war der Kuddelmuddel für die Arbeitgeber erst geschaffen. Die blind der Anweisung der Reichs- und Gauzentralen gefolgt waren, saßen nun in der Tinte und die, die hatten streiken lassen, hatten nicht einmal mehr eine Lappalie als Unterlage zu ihrem Vorgehen; denn die Gerichte entschieden, daß die Löhne vor dem 25. Februar noch zu gelten hätten.

Als die Juristen, also die Fachleute auf dem Gebiete des Vertragswesens, der feinkeramischen Industrie diesen Bärendienst erwiesen hatten — sie nennen das gewöhnlich: die Wirtschaft aufbauen — kam ihnen der Einfall, dem Schiedsspruch nach seinem Ablauf noch durch Beantragen der Verbindlichkeit die Rechtsgültigkeit zu verschaffen. Aber auch das war ein Tritt ins Fettnäpfchen. Das Reichsarbeitsministerium konnte sich nicht dazu herbeilassen, nachträglich den juristischen Beratern der feinkeramischen Industrie aus der Patsche zu helfen. Der Schiedsspruch wurde nicht für verbindlich erklärt, und nun haben unsere Kollegen erst recht die Pflicht, ihre zu Unrecht abgezogenen Lohnsummen einzuklagen; denn was die Kampfunternehmer als ein großes Streitobjekt ansehen, worum sie wochenlang kämpfen ließen, ist für die sonstigen Arbeiter und Arbeiterinnen ein notwendiger Lohnanteil, um den sie schon klagen können. Nach dem geltenden Recht und bisherigen Urteilen werden die beklagten Unternehmer verurteilt, die zurückbehaltenen 3 Proz. herauszurücken.

Die Arbeiter müssen den juristisch gebildeten „Sachkennern" beweisen, daß ihre Anweisungen nicht nur verkehrt und industrieschädigend, sondern auch tolpatschig waren.

Ach ja, auch „sachliche Fachleute" können einen Reinfall erleben. Wer aber so leichtfertig handelt wie die juristischen Berater der feinkeramischen Industrie, durch deren Maßnahmen tausende von Arbeitern wochenlang mit ihren Familien in den Elendszustand versetzt wurden, der sollte zur Rechenschaft gezogen werden, denn das ist nicht nur ein Verstoß gegen die guten Sitten im rein bürgerlichen Sinn, sondern ein schmählicher Anschlag auf nur spärlich am Lohntag gefüllte Arbeitertaschen.

Von der Keramindustrie.

Neue Porzellanfabrik in Wien. Dieser Tage wurde durch Bundespräsident Dr. Hainisch die mit Unterstützung deutscher und österreichischer Kunstfreunde und Interessenten gegründete Wiener Porzellanfabrik im Wiener Augarten feierlich eröffnet. Hiermit lebt die vor etwa 200 Jahren gegründete und in den 60er Jahren aus finanziellen Gründen aufgelassene Altwiener Porzellanfabrik wieder auf.

Aus unserem Beruf.

Dänemark. Die kürzlich gescheiterten Vertrags- und Tarifverhandlungen des „Keramisk Forbund" (unsere dänische Bruderorganisation) mit den Arbeitgebern der feinkeramischen Industrie sind wieder aufgenommen und für die Arbeiter mit Erfolg erledigt worden. Zuzug ist wieder erlaubt.

Eisenberg. Mit welcher Unverfrorenheit auch hier die Unternehmer vorgehen, soll folgender Fall bezeugen, der es verdient, in die Oeffentlichkeit zu kommen. Schon deshalb, weil die Leute, die vor zirka fünf Jahren noch in unseren „glänzenden" Verhältnissen lebten, heute sich als Unternehmer aufspielen und das vergessen haben, was sie früher waren (Porzellinerfamilie). Es handelt sich um die Firma Wilh. Jäger, deren Inhaber jetzt Singer und Schiller sind. Ersterer war gekommen aus Asch mit Holzschuhen, einem großen Sack voll Geld und von Porzellankenntnissen keinen Dunst; er hat aber eine außerordentliche Geschicklichkeit, die Arbeiter auf jede Art zu schikanieren. Man nimmt's dem Mann weiter nicht übel, denn gegen manche Krankheit gibt es kein Mittel. Etwas mehr Verständnis hätte man schon seinem Kompagnon zugemutet, Herrn Schiller aus Schönwald, der doch direkt aus einer Porzellinerfamilie stammt und das „rosige" Leben, den Kampf ums Dasein, am eigenen Leibe verspürt hat. Aber auch er ist groß geworden während der schlechten Zeit der Inflation, und hat vergessen, wie man Leute, die ununterbrochen 30 Jahre ihre Arbeitskraft verkauft haben, behandelt. Der Dreher Z., welcher seit 1. Februar 1894 bei der Firma Wilh. Jäger ununterbrochen tätig war, erkrankte Mitte März an Rheumatismus, und er wurde aus „Dankbarkeit" etwas nachträglich nicht etwa mit der goldenen Uhr geehrt, sondern mit — der Entlassung bedacht. Grund: Seine längere Krankheit. — So ehrt die Firma Jäger ihre verbrauchten Arbeitskräfte. Auch der Arbeiterrat, welcher in diesem Falle vorstellig war, konnte die Firmeninhaber von ihrer unsozialen Handlungsweise nicht überzeugen, sondern bekam zur Antwort, daß sie es anerkennen müssen, daß Z. ein sehr tüchtiger Dreher ist; aber sein Verhalten gegenüber der Geschäftsleitung zwinge sie zu diesem Schritt. Ja, Kollegen, Kollege Z. hat ein großes Verbrechen begangen, er hat bis heute **in der vordersten Linie der Gewerkschaft** mitgekämpft für bessere Lohnbedingungen. Er ist kein Schmarotzer gewesen, wie es Herr Leonhardt Schiller, Betriebsleiter, gern haben möchte. Für diesen gilt der Satz: Viel und nochmals viel Arbeit und möglichst niedrigen Lohn. Wir möchten deshalb allen Kollegen empfehlen, Eisenberg mit Arbeitsangeboten **zu verschonen**, vor allem die Firma Jäger. Dann kommen sie auch nicht in die Verlegenheit, ähnliche Jubiläumsgeschenke zu erhalten.

Rudolstadt-Volkstedt. In der vorletzten Aprilwoche von den Porzellanarbeitern gestellte Lohnforderungen wurden von den Unternehmern glatt abgelehnt. Eine hierauf einberufene Betriebsräteversammlung forderte nach dem Bericht aus dem „Volksblatt", Saalfeld, in einem Schriftstück durch unseren Lokalbeamten Siegel sämtliche Unternehmer auf, mit den Belegschaften in Lohnverhandlungen einzutreten und sich bis Freitag, den 25. April, mittags, hierüber zu äußern. Seitens der Firmen Bayer & Bock, Gebrüder E. A. Müller und Strauß wurde unser Ersuchen in **ablehnendem Sinne** beantwortet. Alle anderen Unternehmer hielten es unter ihrer Würde, zu antworten. Der im Unternehmersolde stehende Vertreter des Arbeitgeberverbandes, Syndikus Dr. Rock, Sohn einer Porzellinerfamilie, welcher nach unserem Ermessen eine Brücke zu einer Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schlagen hätte, streitet nicht nur die in der „Ameise" bereits von einzelnen vernünftigen Unternehmern gemachten Zugeständnisse ab, sondern auch noch in höhnischer Weise den im Tarif gestrichenen § 57, welcher freie Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und -nehmer zuläßt, nimmt ihn nur für die Unternehmer in Anspruch, um so die Arbeiter auf das tiefste Niveau herabzudrücken. Man versucht also durch diese Unternehmerbrutalität das, was die Arbeiter nicht wollen, den Streik, und die Arbeiter zu Kulis zu degradieren. Wir sind der Meinung, wenn man in der Lage ist, die Angestellten und Beamtenschaft monatlich bis auf 240 Mk. aufzubessern, worauf wir durchaus nicht neidisch sind, dann müssen auch die erbärmlichen Löhne der Arbeiterschaft aufgebessert werden, die man mit wöchentlichen Löhnen von 12 bis 25 Mk. abspeist. Man hat aber durch die Befriedigung der Angestellten und Beamten noch etwas anderes erzielt, nämlich ein Abrücken von der Arbeiterschaft, welches sich bereits hier und da wieder durch Beamtendünkel bemerkbar macht. Man darf gespannt sein auf die Stellung der Betreffenden, wenn es bei der Arbeiterschaft zum äußersten kommen sollte. Man betrügt die Arbeiterschaft um die Hälfte ihres Lohnes, indem man für 40 bis 45 Mk. gelieferte Arbeit nur bis zu 21 Mk. auszahlt. Die andere Hälfte fließt in die Tasche des Unternehmers, wovon angeblich die Steuern der Unter-

---

verbrauch gesteigert würde. Die Untersuchung, an welcher in erster Linie Gewerbeaufsichtsbeamte, dann verschiedene Organisationen teilnahmen, ergab das Gegenteil dieser Annahme: der Alkoholverbrauch ist seit der Einführung des Achtstundentages ganz wesentlich zurückgegangen. Der Alkoholverbrauch Frankreichs betrug vor dem Krieg ungefähr 1 650 000 Hektoliter im Jahr; seit 1920 nur mehr 850 000. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen früher 4,17 Liter, gegenwärtig 2,2 Liter. Die Verminderung beträgt 45 Prozent. Die Zeitschrift „L'Information Sociale" bringt die Berichte der Bergwerkaufsichtsbeamten über die Untersuchung. Es geht daraus hervor, daß die Verminderung des Alkoholverbrauches besonders der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und der Nebenbeschäftigung der Arbeiter in ihren Kleingärten zuzuschreiben ist. Beide aber sind der Arbeitsverkürzung zu verdanken, da erst diese das Wohnen außerhalb der Stadt beziehungsweise weit vom Arbeitsplatz ermöglichte und den Arbeitern freie Zeit zu Gartenbau und körperlichen Uebungen ließ.

Kampffrühling. Man spricht von den Satten, jenen Philistern, die alles haben. Sie sind zufrieden in jeder Weise, körperlich, geistig und seelisch. Und darum sind sie unbrauchbare, verdorrte Knospen am Baume der Menschheit, Pharisäer, aus denen niemals Entwickelung, Zukunft werden kann. Auch in den wirtschaftlichen und geistigen Bewegungen gibt es Menschen, die satt sind, Pharisäer, die für ihre Organisation den Zustand der Vollendung, und damit des Zerfalls, verlangen. Ein Baum, der seine Früchte den in seinem Schatten liegenden Träumern in den Schoß wirft, steht im Herbste des Lebens. Wer von seiner Organisatoin immer nur alles verlangt, ist ein Mensch des Herbstes. Nein, niemals soll eine Bewegung, welcher Art sie auch ist, allgemeine Zufriedenheit wecken. Immer muß noch eine Lücke sein, immer muß Neues zu erstreben möglich sein. Und damit gehört auch ein Stillstand, ja auch ein Rückschlag zum Jungsein. Natürlich muß jeder einzelne und mit jedem einzelnen der Verband ringen um die Vollendung. Er muß sein Ganzes einsetzen, um Ganzes zu erkämpfen. Aber dabei gilt es, immer innerlich jung zu sein, immer wieder Frühling zu fühlen mit tausendfachen Möglichkeiten und Erwartungen.

Die Unterernährung des Proletariats kommt zum klaren Ausdruck in den amtlichen Zahlen über den Fleischverbrauch. Der Fleischverbrauch hat sich nämlich auch in den Jahren nach der Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung dauernd verschlechtert. Wesentlich war hierfür die Senkung der realen Kaufkraft der breiten Massen. Besonders kam die städtische Bevölkerung immer weniger als Abnehmerin für Fleisch in Betracht. Der Fleischverbrauch ist so weit zurückgegangen, daß er 1923 nur rund die Hälfte des Fleischverbrauchs von 1913 betrug. Wenn man nun in Betracht zieht, daß der Fleischverbrauch auf dem Lande nicht so sehr zurückgegangen ist wie in den Städten, und wenn man berücksichtigt, daß die Landbevölkerung 25 bis 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, dann kommt man zu dem traurigen Ergebnis, daß der Fleischverbrauch in den Städten nur rund ein Drittel des Verbrauches vor dem Kriege betrug. Und wenn man hierbei wieder berücksichtigt, daß sehr viele Städter ihren Fleischverbrauch wenig oder gar nicht eingeschränkt haben, dann sieht man, welch große Teile des städtischen Proletariats Fleisch sozusagen überhaupt nicht mehr kennen! Aber die großen Konsequenzen, die sich hieraus für das Ganze ergeben, sind dem Unternehmertum gleichgültig. Da kann nur helfen die ganze ungeschwächte organisatorische Kraft auer Ausgebeuteten!

Ein Blick hinter die Kulissen der kapitalistischen Denkweise. Von einem Mitarbeiter geht uns folgende Mitteilung einer belauschten Unterhaltung zu: „Ich hatte in einer Arbeiterversammlung gesprochen und stieg, noch ganz von dem Erlebnis dieses Abends erfüllt, in den Hamburg-Frankfurter Schnellzug, um nach Hause zu fahren. Da brachte mich die Wirklichkeit in eine so ganz andere geistige Welt. Zwei ganz rechts stehende Mitmenschen sprachen da über die Arbeiter. Der eine war aus der Industrie und im Kriege Stroffizier; von dem anderen konnte ich über seine soziale Herkunft nichts erfahren, doch stand er genau so rechts. Und was sprach man über die Arbeiterschaft? Sie wäre eine erledigte Masse. Ja, früher, so sagte der Mann aus der Industrie, da waren uns die Arbeiter eine Gefahr: da waren sie ein wirtschaftliches Heer voll Disziplin und Schlagkraft mit dem man rechnen mußte. Aber jetzt ist die Gefahr vorüber. Die Gewerkschaften bersten auseinander, und was sich da **neu bildet, sind nur Haufen, die keine Bedeutung mehr** für uns haben. Die Gefahr, die die Arbeiterschaft mit dem großen Wachsen der gewerkschaftlichen Organisationen immer mehr zu werden drohte, ist vorüber." — Wir glauben, dieser eine Ausspruch, der da fiel, als man sich allein glaubte, spricht Bände.

nehmer gezahlt werden und womit man die Betriebsräte gruselig machen möchte. Bei dem nächsten Tarifabschluß dürfte speziell mit diesem spitzfindigen Dr. Rock ein ernstes Wort zu reden sein. Zu einem der unzugänglichsten Unternehmer zählt zweifellos Herr Kommerzienrat Tröster, welcher in dem hiesigen Konzern die erste Geige spielt und sich bereits seit Jahresfrist durch seine arbeiterfreundliche Politik den Haß aller Porzelliner (außer einigen Eunuchen) zugezogen, welcher seinerzeit in nicht mißzuverstehender Weise in Rudolstadt zum Ausdruck gebracht wurde. Jetzt befindet man sich nun unter den Fittichen der deutschvölkischen Hosenknopfregierung, für die aus dem hiesigen Konzern verschiedene Knöpfe geflogen sein dürften, geborgen, und man glaubt nun, seine Machtmittel gegen die hungernde Arbeiterschaft anwenden zu können. Aber auch diese Herren dürften für die Dauer der Entwickelung nicht standhalten können und gelegentlich den Verhältnissen Rechnung tragen müssen, ob sie wollen oder nicht. Den Kampf eröffnete am Sonnabend (außer den Beamten) die ganze Belegschaft der Fa. Strauß & Co., welche auf Grund der Ablehnung einer Betriebsversammlung seitens des Unternehmers Strauß die Arbeit niederlegte. Noch ist es Zeit für die Unternehmer, das schlimmste zu verhüten: Heraus mit unseren berechtigten Arbeiterlöhnen auf dem Wege der Vernunft. Wo ein guter Wille vorhanden ist, findet sich auch ein Weg. Wir rufen Euch zu: Es kommt die Zeit, da rechnen wir!

Thiersheim. Ein volles Jahr mußte die Belegschaft der Porzellanfabrik Thiersheim kurzarbeiten. Auf einmal regte sich der Geschäftsgang so stark, daß ab 26. März die Arbeitszeit für den ganzen Betrieb auf 54 Stunden von der Firma angeordnet wurde. Die Belegschaft nahm die Anordnung hin in der Hoffnung, dadurch ihr Einkommen zu verbessern. Sie erfuhr dabei eine schwere Täuschung. Die Verlängerung der Arbeitszeit brachte eher eine Verschlechterung des Einkommens. Mädchen verdienten 5 bis 8 Mk., gelernte Dreher 15 bis 20 Mk. in der Woche. Das war denn doch zu wenig. Um wenigstens etwas höher zu kommen, stellten auf Grund des Schiedsspruches von Weimar die Arbeiter eine allgemeine Forderung von 10 Prozent Erhöhung, was von den Firmeninhabern abgelehnt wurde. Sie betonten, nur zu bezahlen, was ihr Verband vorschreibe. Eine Lohnerhöhung wollte der Firmenvertreter durch einen politischen Vortrag entgelten, was die Arbeitervertreter ablehnen mußten. Da mit Verhandeln nichts zu erreichen war, griff die Belegschaft zum Streik. Da die Firma wahrscheinlich in der Fachpresse Arbeiter suchen wird, muß vor Zuzug gewarnt werden.

Waldenburg. Beim Gauschiedsamt für Schlesien wurde nochmals die Beschwerde gegen die Firma Krister verhandelt, die nach Behauptung der Arbeitnehmer es der am 26. Februar 1924 eingesetzten Kommission nicht ermöglichte, im Betriebe Feststellungen über die Ursachen des Minderverdienstes zu treffen. Beschlossen und verkündet wurde: 1. Der Firma Krister wird aufgegeben, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, damit bei durchschnittlicher Arbeitsleistung die Akkordbasis im Sinne von § 25 des Reichstarifvertrages erreicht wird. 2. Der Firma Krister wird empfohlen, mit dem Betriebsrat wegen der zurückliegenden Zeit eine Einigung zu erzielen. — Begründung: Das Gauschiedsamt ist der Ansicht, daß die Arbeitnehmer auf Grund des Reichstarifvertrages verlangen können, daß sie bei durchschnittlicher Arbeitsleistung die Akkordbasis im Sinne von § 25 des neuen Reichstarifvertrages erreichen. Dies ist unstreitig bei der Firma **Krister nicht der Fall gewesen**, und auch jetzt noch nicht der Fall, wenn auch der Durchschnittsverdienst sich seit der letzten Verhandlung gehoben hat. Es müssen daher von der beklagten Firma Maßnahmen getroffen werden, um es zu ermöglichen, daß die Arbeitnehmer bei durchschnittlicher Arbeitsleistung die Akkordpreise erreichen. Welche Maßnahmen die Firma ergreift, ob sie das Arbeitssystem ändert, ob sie die Akkordpreise erhöht, oder ob sie beide Maßnahmen miteinander verbindet, muß ihr selbst überlassen bleiben. Hinsichtlich des Minderverdienstes für die zurückliegende Zeit erschien es praktisch, den Parteien eine Einigung anzuempfehlen, damit ein etwaiger, in seinem Erfolge ungewisser Rechtsstreit vermieden wird.

Versammlungsberichte.

Suhl. Die Zahlstellenversammlung vom 16. April 1924 nahm folgende Entschließung an: Die Versammlung nimmt Stellung zu den Spaltungsversuchen des Verbandsvorsitzenden Wollmann und seiner Anhänger im Hauptvorstand des Porzellanarbeiterverbandes. Die geplante Entfernung der Kollegen Schlater und Breitenfelder aus dem Hauptvorstand, sowie die Entfernung des Verbandsrevisors und Verbandskassierers werden als der Ausgangspunkt der nur von Wollmann eingeleiteten Spaltungstaktik erkannt. Noch vor kurzem sollte die Einstellung Wollmanns auf das Spaltungsprogramm des ADGB nach seinen Aussagen nur ein Alibi für ihn sein gegenüber dem ADGB. Doch mit diesen Maßnahmen zeigt er sein wahres Gesicht. Die Mitglieder der Zahlstelle erkennen die große Gefahr, die die Fortsetzung dieser Taktik in sich birgt. In diesen Tagen, wo das gesamte Proletariat in gewaltigen Wirtschaftskämpfen für die Erhaltung des Achtstundentages und seiner nackten Existenz steht, bedeuten solche Maßnahmen Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft. Wenn man diese Kollegen auszuschließen versucht, weil sie zur Verbandsopposition gehören, so stellt die Versammlung demgegenüber, daß ohne Opposition keine lebensfähige Organisation bestehen kann. Die Versammlung erklärt heute schon, wenn obige Maßnahmen zur Tat werden sollten, sie bereit ist, als Abwehr zur Beitragssperre zu greifen. Anstatt Spaltungstaktik zu treiben, sollte es sich der Hauptvorstand angelegen sein lassen, die gesamten Kräfte des Porzellanarbeiterverbandes einzustellen in die gemeinsame Front der jetzt überall um ihr Recht schwer kämpfenden Arbeiterschaft. Hubert Weiß, Schriftf.

Anmerkung des Redakteurs: Die Kollegen in Suhl scheinen von den Dingen falsch informiert worden zu sein, deshalb muß ich zur Aufklärung einige Berichtigungen anfügen. 1. Der Verbandsvorsitzende Wollmann und seine Anhänger treiben keine Spaltungstaktik und machen keine Spaltungsversuche. 2. Der Antrag des Verbandsvorsitzenden Wollmann an die Berliner Zahlstelle, diese möge wegen der Verbreitung der öffentlichen [illegible] Rundschreiben die Kollegen Schlater und Breitenf[illegible] vom Hauptvorstand zurückziehen und dem Verbandsrevisor Müller ersuchen, sein Amt niederzulegen, mußte gestellt werden; denn ein Zusammenarbeiten mit den Rundschreibenfabrikanten ist für den Verband nicht ersprießlich und für die Mehrzahl der Hauptvorstandsmitglieder nicht länger möglich. Als Müller und Breitenfelder bestimmt erklärten, daß sie mit der Anfertigung der Rundschreiben nichts zu tun hätten, zog Wollmann die [illegible] Namen aus seinem Antrag zurück. Schlater gab eine ähnliche Erklärung nicht ab. Der Antrag Wollmann war also begründet. 3. Vom Hauptkassierer Kollegen Herden, war im Antrag mit keinem Wort die Rede. 4. Wollmann hat nie gesagt, daß er für den ADGB ein Alibi braucht. Das ist eine lügnerische Unterstellung. 5. Würden die Kollegen von Suhl sehr unklug handeln, zur Beitragssperre zu schreiten; denn sie stellten sich damit außerhalb des Statuts und würden Mitgliedern Rechte entziehen, auf die jedes persönlich statutarisches Anrecht hat. 6. Läßt es sich der Hauptvorstand jederzeit sehr angelegen sein, die Kräfte des Verbandes in die Front der überall um ihr Recht kämpfenden Arbeiterschaft einzustellen. Das ist ja seine Pflicht. — Die in der Suhler Versammlung anwesenden Kollegen sind einer verlogenen Information zum Opfer gefallen, sonst hätten sie nicht gegen sich als Gewerkschaftler beschließen können. Alles, was sie Wollmann und seinen Anhängern in die Schuhe schieben, tut tatsächlich die andere Seite, die auch gegen den Paragraphen 3 Absatz 3 des Verbandsstatuts verstößt.

Kollege Kratesch verwahrt sich.

Zu der unter dieser Ueberschrift in Nr. 16 der „Ameise" erschienenen Anmerkung des Redakteurs in bezug auf den Namen der Deckadresse Wilhelm Röhl bekam die „Ameise" folgende Berichtigung:

„Es ist unwahr, daß ich Streikbrecher angeworben habe. Ich habe mich um die Vermittelung von Arbeitern überhaupt nicht gekümmert. Ebenso unwahr ist es, daß ich einen Streikposten denunziert hatte; das Strafverfahren gegen den betreffenden Streikposten war bereits eingeleitet, ehe ich überhaupt nach Berlin gekommen bin.

W. Röhl."

Dazu hat der Redakteur zu bemerken, daß mit dieser Berichtigung die Sache der mit groben Lügen arbeitenden Rundschreibenfabrikanten nicht gebessert wird. Es bleibt dabei, daß sie zu feige sind, ihre Namen unter ein Schandstück zu setzen und einen anderen ihrer Sippe vor den Wagen spannten. Dieser bestreitet nicht, einen Streikbrecher gemacht zu haben, der sich jetzt anscheinend mit anmaßt, unter den sogenannten Oppositionellen eine hervorragende Rolle zu spielen. Nur will er keine Streikbrecher angeworben haben; ob er aber bestreiten kann, seinen Bruder während des Streiks von Zehdenick zur bestreikten Firma nach Berlin gebracht zu haben, wollen wir dahingestellt sein lassen. Desgleichen mag stimmen, daß R. den Streikposten nicht denunziert hat, aber ebenso stimmt es auch, daß ein Streikposten erst auf die Zeugenangaben des Röhl gefaßt und dann verurteilt werden konnte. Röhls Aussage bot eine Handhabe für den Staatsanwalt und war wichtig für den Prozeß, sowie für die Verurteilung eines organisierten Arbeiters, der als Streikposten eine hohe gewerkschaftliche Pflicht erfüllte. Das kann der jetzige Spießgeselle, der Zerstörer im Porzellanarbeiterverband, durch keine noch so gewundene Berichtigung bestreiten. Er kann durch seine Berichtigung weder sich noch seine Auftraggeber reinwaschen; ihre Schmutzflecken bleiben immer sichtbar bei diesem Handwerk.

Vermischtes.

Amerikas Reichtum. Von der zunehmenden Anhäufung der Reichtümer in den Vereinigten Staaten geben die Zahlen einen Begriff, die das Handelsministerium in Washington über das amerikanische Volksvermögen veröffentlicht. Nach diesen Angaben ist der Wert der Besitztümer des amerikanischen Volkes seit 1912 von etwa 215 Milliarden Dollar auf gegen 370 Milliarden Ende 1922 gewachsen. Auf den Kopf der Bevölkerung der Vereinigten Staaten verteilt, ergibt dies, daß jeder Mann, Frau und Kind in Nordamerika durchschnittlich 3350 Dollar besitzt gegen 2250 vor zehn Jahren. Alle Arten des Vermögens sind im Geldwert gestiegen, mit alleiniger Ausnahme des Viehs. Eine der bezeichnendsten Steigerungen ist die im Wert der Fabrikmaschinen und Werkzeuge, der sich auf 10 350 000 000 Dollar gegenüber 11 130 000 000 Dollar vor zehn Jahren beläuft. Der Geldwert der Eisenbahnen ist von 18 775 000 000 Dollar auf 23 220 000 000 Dollar gestiegen. Der Wert der Kraftwagen, von denen jeder achte Amerikaner einen besitzt, ist nicht besonders geschätzt.

Wir werden nur 40 Jahre alt! Im Durchschnitt! Wir Menschen in Europa. Das hat die Statistik festgestellt. Und dabei ist doch der Tod an Altersschwäche der natürliche Tod! Aber daran stirbt alle Jahre nur ein ganz kleiner Teil unserer Menschheit. Und ein Drittel von allen, die alljährlich sterben, stirbt allein an übertragbaren Krankheiten, also an Krankheiten, von denen feststeht, daß sie zum großen Teile vermieden werden können, wenn das soziale Leben entsprechend gestaltet ist. Es ist nicht Naturgesetz, daß wir alle im Durchschnitt so früh sterben müssen, sondern nur eine Erscheinungsform unserer sozialen Verhältnisse. Welche Unkultur dieses Wirtschaftsleben in sich birgt!

Literarisches.

Gewerbehygiene und Gefahrensicherung. Eine im Sommer 1923 von der englischen Völkerbundsliga veranstaltete Konferenz befaßte sich mit der Internationalen Arbeitsorganisation und deren Aufgaben auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und Gefahrensicherung. Die bei jener Gelegenheit gehaltenen Vorträge sind nun in einer 60 Seiten umfassenden Schrift vom Internationalen Arbeitsamt herausgegeben worden (Kommissionsverlag für Deutschland: H. Preiß, Berlin). Die Vorträge, welche von englischen Sachverständigen gehalten wurden, aber auch außerhalb Englands beachtet zu werden verdienen, betreffen: Die Gefahrensicherung in der Industrie, Schutzvorkehrungen an Maschinen, das internationale Zusammenwirken bei arbeitsphysiologischen Unternehmungen, namentlich solchen, über das Ermüdungsproblem, die Berufskrankheiten und gefährlichen Arbeitsvorrichtungen, den Gesundheitsschutz der Arbeiterinnen.

AfA-Bundeszeitung. Davon ist das 4. Heft als Zentralorgan des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Berlin NW. 82, Werftstr. 7) erschienen. Sie hat wieder einen sehr sorgfältig ausgewählten und nicht nur für die Angestellten, sondern auch für die gesamte Arbeiterbewegung lehrreichen Inhalt. Das Erscheinen ist monatlich und kostet 25 Pf. Bestellungen nimmt jede Postanstalt und der Verlag entgegen.

Adressenänderungen.

Arzberg. Vorsitzender: Ludwig Haas, Dreher, Schlottenhof b. Arzberg, Oberfranken.

Burgau. Schriftführer: Gustav Schwinger, Brenner, Lobeda Nr. 110 (Post Göschwitz, Thüringen). Kassierer: Johann Popp, Dreher, Burgau, Post Göschwitz.

Versammlungs-Anzeigen.

[illegible]. Zahlstellenversammlung am 15. Mai, nachmittags [illegible] bei Wind, Pichelsdorfer Str. 5.

Aufruf!

Unser Kollege Edmund Gick ist seit längerer Zeit schwer [illegible]. Um seine Not lindern zu helfen, erbittet die Zahlstelle Kloster Veilsdorf die Mithilfe der Kollegenschaft, da es ihr nicht allein möglich ist, den Kollegen Gick zu unterstützen. Gelder sind zu senden an den Kassierer Hugo Meinunger, Schackendorf b. Kloster Veilsdorf (Thüringen).

† Sterbetafel †

Kirchenlamitz. Lina Schricker, Putzerin, geb. am 19. 4. 1902, gest. an Kehlkopfleiden. Organisiert seit 1920.

Köppelsdorf (Mengersgereuth). Wilhelm Bergner, Ausschneider, geb. am 29. 1. 1885, gest. an Blutsturz. Organisiert seit 1918. — (Steinbach.) Helene Welsch, Gießerin, geb. am 16. 10. 1877, gest. an? Organisiert seit 1923.

München. Karoline Freundorfer, Gießerin, geb. am 6. 1. 1877, gest. an? Organisiert seit 1905.

Ehre ihrem Andenken!

Geschäfts-Anzeigen.

Offeriere nach überwund. Inflation wieder prima Bengha[...] Zymoccaschwämme, groß und mittel, das Kilo 80,— bis 150,— Goldmark, billige Zymocca, in allen Größen sortiert, das Kilo 86,— G.-Mk., kleine u. mittlere Levantiner Glasur- u. Garnierungsschwämme, das Kilo 50,— G.-Mk., feinste größere Levantiner, das Kilo 80,— bis 150,— G.-Mk., echte große prima Levantiner-„Elefantenohren", das Kilo 220,— G.-Mk., faustgroße, weiche prima Reef (auch f. Druckereien geeignet), das Kilo 60,— G.-Mk., Reef od. Hardheadschwämme, sort. Größen, d. Kilo 35,— G.-Mk., Pferdeschwämme, faust- bis kopfgroß, p. Stck. 1,— b. 5,— G.-Mk.
H. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. [...]

Die Kunst im Arbeiterheim. Die Zeit der wahnwitzigen Entwertung der Mark, die die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft zu vernichten drohte, die der arbeitenden Bevölkerung kaum das Notwendigste zur Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse ließ, sie aber von allen Fragen eines kulturellen Erlebens ausschloß, ist nunmehr vorüber. Ein großes Aufatmen beginnt, die befreiende Wirkung der Stabilisierung der Mark macht sich auch auf dem Gebiete der Kulturbewegung bemerkbar.

So haben auch die Körperschaften des im Jahre 1921 von den vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie gegründeten Volkskunstverlages „Das Bild" (Geschäftsstelle Berlin-Mariendorf, Kurfürstenstr. 19) beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Gleich nach den Tagen der Gründung der Genossenschaft schrieb Richard Seidel in einem Aufsatz:

„Wir begrüßen freudig die neue Kulturschöpfung des Proletariats. Der Weg, den die Genossen gehen, die hier zur Tat geschritten sind, wird nicht ohne Dornen sein. Das Unternehmen wird gegen die Mißgunst der kapitalistischen Herren des Kunstmarktes, die den unliebsamen Konkurrenten nicht unbehelligt lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeiterschaft auch hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Gesittung, reicheres Innenleben, starkes Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Kunstleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingungen des Erfolges der Arbeiterklasse. Die Bürger von Athen versäumten die Schlacht, um ins Theater zu gehen — wir gehen zur Kunst, um die Schlacht zu gewinnen! Auf denn zum Kampf!

Die ersten drei von der Genossenschaft herausgegebenen Blätter, deren Auflagen vergriffen waren, sind in Neuauflage erschienen. Es sind dies:

1. „Das Balkonzimmer" von Adolf v. Menzel. (46 × [...])
2. „Der Kohlenkarren" (65 × 65) und
3. „Ideale Landschaft" von Richard Schulz (56 × 62).

[...] Preis der originalgetreuen Blätter beträgt 10 Mk. Weiter werden in den Kunstwerkstätten der Reichsdruckerei, die für originalgetreue Wiedergabe Sorge tragen, die Werke von

1. Carl Spitzweg „Der Kaktusfreund" (18 × 29),
2. Carl Spitzweg „Straße in Venedig" (16 × 31),
3. Paul Cézanne „Landschaft" (48 × 60),
4. Paul Cézanne „Stilleben mit Blumen" (40 × 50) an[...]

geführt.

Der Preis für die ersten beiden Blätter wird sich voraussichtlich auf 5 Mk., für die beiden letzteren auf je 10 Mk. stellen.

Die Bildungsausschüsse, die Verlagsanstalten und Buchhandlungen der sozialdemokratischen Partei, der Volksbühne, der Konsumgenossenschaft, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Deutschen Holzarbeiter und so fort in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Breslau und anderen Städten haben sich der Genossenschaft angeschlossen, respektive ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung gestellt. Gewerkschaftskartelle, Vereinigungen usw., die sich für den Vertrieb der Bilder interessieren, wollen sich an die obengenannte Geschäftsstelle der Genossenschaft wenden, die sofort jede Auskunft erteilt.

Arbeitsmarkt.

Den Bewerbungsschreiben zu den Chiffreinseraten muß stets das Briefporto beigefügt sein, damit die Weiterbeförderung möglich ist.

Einige tüchtige
Maler
für Rand, Band, Staffage, möglichst auch perfekt in Handmalerei, gesucht. Es kommen nur Ledige in Frage, da Wohnungsmangel.
C. & E. Carstens Porzellanfabrik in Soran (N.-L.).

Schriftmaler
perfekt auf Emailleschilder (Relief), sofort gesucht.
Schilder-Fischer G. m. b. H.
Berlin W. 30, Frankenstr. 9

Tüchtiger Formgießer wünscht sich zu verbessern als Modelleinrichter oder Einrichter. Angebote werden unter „F. 69" [...] die Redaktion „Ameise" erbeten.

Junger lediger Formgießer der Geschirrbranche, welcher auch im Einrichten bewandert ist, sucht Stellung. Süddeutschland bevorzugt. Angebote unter „F. 70" befördert die „Ameise".

Inserate im Arbeitsmarkt der „Ameise" werden spottbillig berechnet und haben den größten Erfolg.

Tüchtigen geübten
Sortierer
und einige tüchtige
Garniererinnen
die schon längere Zeit in dieser Abteilung tätig waren, sucht
Porzellanfabrik Weißenstadt
Dürbeck & Ruckdäschel
(87) **Weißenstadt (Fichtelgeb.).**

Größere Porzellanfabrik Mitteldeutschlands sucht zum sofortigen Antritt einen erfahrenen
Brenner.
Wegen Wohnungsmangel werden Ledige bevorzugt. Gute Bezahlung wird geboten. (89)
Niedersachsenwerke A.-G.
Lamspringe b. Hildesheim.

2 bis 3 ledige
Maler
für Staffage und Stempel sucht zum baldigen Antritt (79b)
Stern-Porzellan-Manufaktur
Tiefenfurt (Schlesien).

Tüchtiger, lediger
Formgießer
sofort gesucht. (83b)
Porzellanfabrik Gleißner & Söhne
Pößneck (Reuß).

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Renninger, Charlottenburg, Brahestraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Brahestraße, Neubau.
Druck: T. Janiszewski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29.